

**Antrag R-4
Juso-Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK****Unerwünschten Hilfssheriffs Grenzen aufzeigen – „Bürgerwehren“ strafrechtlich sanktionieren**

1 Die Bundestagsfraktion und die Bundesjustizminis-
2 terin werden dazu aufgefordert, die Bildung von
3 sog. „Bürgerwehren“ umfassend strafrechtlich zu
4 sanktionieren. Die bisher in vergleichbaren Fällen
5 einschlägigen Straftatbestände (§§ 127, 132 StGB)
6 sind unserer Auffassung nach nicht ausreichend für
7 eine wirksame Unterbindung von sog. „Bürgerweh-
8 ren“. Eine neu zu schaffende Strafnorm soll ins-
9 besondere die uniformierte Durchführung von Pa-
10 trouillengängen durch Privatpersonen untersagen.
11 Darüber hinaus lehnen wir den Vorschlag von Tho-
12 mas de Maizière, geringer qualifizierte sogenannte
13 Wachpolizist*innen nach einer nur zwölfwöchigen
14 Ausbildung einzusetzen, entschieden ab. Politische
15 Forderungen wie die nach Hilfspolizist*innen tragen
16 nicht zu mehr Sicherheit bei. Im Gegenteil muss der
17 Staat gewährleisten, dass polizeiliche Aufgaben von
18 gut qualifizierten und hinreichend geschulten Poli-
19 zist*innen wahrgenommen werden.

Die SPD wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Bildung von so genannter „Bürgerwehren“ umfassend strafrechtlich zu sanktionieren ist. Die bisher in vergleichbaren Fällen einschlägigen Straftatbestände (§§ 127, 132 StGB) sind unserer Auffassung nach nicht ausreichend für eine wirksame Unterbindung von sog. „Bürgerwehren“. Eine neu zu schaffende Strafnorm soll insbesondere die uniformierte Durchführung von Patrouillengängen durch Privatpersonen untersagen.
Darüber hinaus lehnen wir den Vorschlag von Thomas de Maizière, geringer qualifizierte sogenannte Wachpolizist*innen nach einer nur zwölfwöchigen Ausbildung einzusetzen, entschieden ab. Politische Forderungen wie die nach Hilfspolizist*innen tragen nicht zu mehr Sicherheit bei. Im Gegenteil muss der Staat gewährleisten, dass polizeiliche Aufgaben von gut qualifizierten und hinreichend geschulten Polizist*innen wahrgenommen werden.